IMT Nuremberg Archives

H – 3218

International Court of Justice

H3218 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 22 July 1948

I certify that Document Number EC-369 was introduced into evidence as Exhibit Number USA-631 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall
Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3218 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document EC-369 No. USA-631 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 6 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

Ausgef 10/1 2020

Amt Berlin Haupttelegraphenamt

RK 717 B

Telegraphie des Deutschen Reiches

S. Ang. v. 14.1.

Telegramm aus Berlin Fd 112/109 10 2002

An

den Führer und Reichskanzler

Berlin.

Frl. Bugs

Die gestern beendete Zeichnung auf die vierte Reichsanleihe von 1938 hat trotz besonderer Propaganda den erhofften Erfolg nicht gebracht. Von dem durch das Reichsanleihekonsortium übernommenen Betrage von RM 1500 Millionen konnte ein Teilbetrag von 415 Millionen im Wege der öffentlichen Zeichnung nicht untergebracht werden. Von diesem Fehlbetrag werden rund 275 Millionen von den Kreisen des organisierten Kredites der Sparkassen und Genossenschaften übernommen. Die restlichen RM 140 Millionen hoffen die im Anleihekonsortium vertretenen Banken allmählich absetzen zu können. Das an sich schon unbefriedigende Ergebnis wird dadurch weiter beeinträchtigt, dass rund RM 160 Millionen früherer Anleihen während der Zeichnungsfrist wieder aufgenommen werden mussten.

Dr. Schacht.

H3218 – 0004

H3218 – 0005

Reichsbank-Direktorium

Berlin SW 111, den 7. Januar 1939

Frl. Büge

H3218 – 0006

Der Präsident
des
Reichsbank-Direktoriums

Berlin SW111, den 7. Januar 1939.

Vertrauliche Reichsbanksache

An den
Führer und Reichskanzler,
Berlin

Die Reichsbank hat seit langem auf die für die Währung entstehenden Gefahren einer Überspannung der öffentlichen Ausgaben und des kurzfristigen Kredites hingewiesen. Am Ende des Jahres 1938 ist die Währungs- und Finanzlage an einen Gefahrenpunkt angelangt, der es uns zur Pflicht macht, Entschließungen zu erbitten, die es ermöglichen, der drohenden Inflationsgefahr Herr zu werden.

Die Reichsbank ist sich von Anfang an darüber klar gewesen, dass aussenpolitische Erfolge nur erreichbar sein konnten auf Grund der Wiederaufrichtung der deutschen Wehrmacht. Sie hat deshalb die Finanzierung der Rüstung weitgehend auf sich genommen trotz der darin liegenden währungspolitischen Gefahren. Die Rechtfertigung hierfür lag in der alle anderen Erwägungen zurückdrängenden Notwendigkeit, sofort, aus dem Nichts und anfangs noch dazu getarnt, eine Rüstung aufzustellen, die eine machtunterstützende Aussenpolitik ermöglichte.

Bei der Verwirklichung dieses Programms kam es entscheidend darauf an, Inflationserscheinungen zu vermeiden, weil eine Inflation nicht nur das Vertrauen in die nationalsozialistische Führung untergraben hätte, sondern auch weil mit einer Inflation materiell nichts gewonnen werden kann. Eine Inflation kann bestenfalls für eine ganz kurze Zeit die umlaufende Breite Masse über die tatsächliche Kaufkraft des Geldes betrügen, führt dann aber sehr rasch zu um so stärkerer Entwertung. In der Hyperinflation führt sie zur Vernichtung des

gehilfen

9.2

H3218 – 0007

spitalen Kapitals, zerrüttet die Steuereinkünfte und zwingt den gesamten Staatshaushalt, untergräbt den Sparbetrieb und macht damit die Begebung von Reichsanleihen unmöglich, sie verteuert die Einfuhr lebensnotwendiger Waren und bringt die Einrichtung des Clearingverkehrs und seine grossen Vorteile zum Stocken, sodass schliesslich der Aussenhandel zum Erliegen kommt.

Um Inflationserscheinungen zu vermeiden, hat die Reichsbank von Anfang an zwei grundsätzliche Forderungen vertreten, einmal eine Kontrolle über den Geld- und Kapitalmarkt und zweitens eine Preis- und Lohnkontrolle. In bezug auf den letzteren Punkt hat der Erstunterzeichnete als Wirtschaftsminister nach Aufhören des von Dr. Goerdeler geführten Preisprüfungsamtes auf die Wiedereinsetzung eines Preiskommissars gedrängt, der dann in der Person des Gauleiters Josef Wagner dem bestellt wurde. Der anderen Forderung ist durch den Kabinettsbeschluss vom Mai 1935 Rechnung getragen worden, der einen Kontrollausschuss unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten vorsah.

Die Kontrolle des Geld- und Kapitalmarktes sollte zweierlei Zwecken dienen, erstens der Konsolidierung der kurzfristigen Reichsschulden auf den Kapitalmarkt und zweitens der Plazierung kurzfristiger Reichstitel (Mefo-Wechsel etc.) auf dem Geldmarkt. Die Inanspruchnahme des Geldmarktes ermöglichte es, neben den rund 6 Milliarden RM Mefo-Wechseln, die die Reichsbank in eigenen Portefeuille unterbringen konnte, weitere rund 6 Milliarden RM Mefo-Wechsel ausserhalb der Reichsbank, also ohne Belastung des Notenumlaufs, zu plazieren. Dies gelang dadurch, dass die Reichsbank sich bereit erklärte, Mefo-Wechsel jederzeit gegen Bargeld hereinzunehmen, so dass die flüssigen Kassengelder der deutschen Wirtschaft in diesen Wechseln eine zwar vorübergehende, aber sich ständig erneuernde Anlage finden konnten.

Diese beiden Kontrollen über den Geld- und Kapitalmarkt einerseits und über Löhne und Preise andererseits funktionierten einigermassen befriedigend, solange die deutsche Wirtschaft noch nicht in das Stadium der Vollbeschäftigung eingetreten war. Die Produktionskosten der Wirtschaft

...stieg infolge der grösseren Ausnutzung der Kapazität ...ig und die Industrie konnte ihren Investitionsbedarf ohne ...ere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes aus steigenden Be...überschüssen decken. Die Wirksamkeit der Kontrollen aber ...sste abnehmen, je mehr sich die deutsche Wirtschaft dem Sta... der Voll- und Überbeschäftigung näherte. Die Ausweitung ...r Anlagen, die Einstellung ungelernter Arbeitskräfte, die ...ringerte Arbeitsleistung infolge verlängerter Arbeitszeit ...igerten die Produktionskosten, verbrauchten die Betriebs-...mittel und drängten die Industrie in zunehmendem Masse ...t ihrem Geldbedarf an den öffentlichen Kapitalmarkt, der ...bis dahin im wesentlichen für den Geldbedarf des Reiches frei...halten werden konnte. Der Kapitalmarkt musste somit für den ...steigerten Bedarf versagen.

Mit der Überbeschäftigung der Wirtschaft ging die ...knappung der Materialien und Arbeitskräfte sowie die Ver...schlechterung der Qualität einher. Gleichzeitig blieb die Produktion an Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfes relativ ...rück, so dass einer erhöhten Lohnsumme ein geringeres Quan...tum von Verbrauchsgütern gegenüberstand. Stark wachsende Lohn- und Preissteigerungen waren die Folgen dieser Entwicklung. ...war sind die eingetretenen Erhöhungen von Preisen und Löhnen ...terschiedlich. Es gibt eine Reihe von Waren, bei denen die ...reise gehalten oder vielleicht sogar ein klein wenig gesenkt ...rden sind, und es gibt Arbeitergruppen, die von der Lohnstei...rungswelle nicht betroffen worden sind, wie z.B. gewisse ...ruppen der Textilindustrie. Dem stehen aber in anderen Arbei...- und Berufsgruppen Lohn- und Preissteigerungen gegenüber, ...die insbesondere in letzter Zeit ein ganz aussergewöhnliches ...sse angenommen haben. Diese Steigerungen werden insbesondere ...ffällig in den letzten zehn Monaten des Jahres 1938. Von März ...n durch die ganze Zeit der Österreichischen und sudetendeut...en Aktion und der damit zusammenhängenden Massnahmen geht ...e Lohn- und Preiskurve völlig auseinander. Auch nach Beendi...ung der machtpolitischen Aktionen ist leider ein Nachlassen ...der gar ein Zurückführen auf die frühere Basis nicht erkennbar.

Auf dem Gebiete der Investitionsgüter, zu denen auch

H3218 – 0008

9.9

H3218 – 0009

auch die Rüstung gezählt werden muss, rühren die Preissteigerungen her von dem Übermass der Aufträge und dem Druck auf sofortige Fertigstellung. Diese Anforderungen haben es mit sich gebracht, dass bei den bestellenden Behörden sowohl wie bei den ausführenden Firmen jede Planung versagt hat. Die Auftraggeber zwingen die Firmen, sich gegenseitig Material und Arbeitskräfte abzujagen, was bei dem Mangel sowohl an Material wie an Arbeitskräften die stärkste Preis- und Lohntreiberei herbeigeführt hat. Auf dem Gebiete der Konsumgüter ist es der Mangel an ausreichenden Warenmengen und Qualitäten, der zu Preissteigerungen geführt hat. Gerade in den täglichen Gebrauchsgütern des Haushalts und der Kleidung ist der Warenmangel und vor allem die Qualitätsverschlechterung belastend spürbar. Kinderwäsche, Arbeiteranzüge etc., die früher Jahre hielten, halten nur noch Monate, kosten aber das gleiche oder gar mehr als früher die gute Ware. Dann kommt, dass der gut bezahlte Arbeiter den weniger glücklichen Arbeitskameraden die Ware wegkauft, was namentlich auf dem Gebiete der Nahrungsmittel viel böses Blut macht.

In entscheidendem Masse aber wird die Währung von der hemmungslosen Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand bedroht. Das unbegrenzte Anschwellen der Staatsausgaben sprengt jeden Versuch eines geordneten Etats, bringt trotz ungeheurer Anspannung der Steuerschraube die Staatsfinanzen an den Rand des Zusammenbruchs und zerrüttet von hier aus die Notenbank und die Währung. Es gibt kein noch so geniales und ausgeklügeltes Konzept oder System der Finanz- und Geldtechnik, keine Organisation und keine Kontrollmassnahmen, die wirksam genug wären, die verheerenden Wirkungen einer uferlosen Ausgabenwirtschaft auf die Währung hintanzuhalten. Keine Notenbank ist imstande, die Währung aufrechtzuerhalten gegen eine inflationistische Ausgabenpolitik des Staates.

Der Reichsfinanzminister war in den letzten Monaten infolge von Kassendefiziten in Milliarden Höhe dauernd von der Alternative bedroht, entweder zahlungsunfähig zu werden oder das Loch in den Reichsfinanzen mit dem inflationistischen Mittel der Notenpresse zustopfen zu müssen. Die Reichsbank kann dies leider auf folgendem Gebiet nicht verhindern. Die oben erwähnte Unterbringung von rund 5 Milliarden Mefo-Wechseln am Geldmarkt

war

war der Reichsbank nur möglich durch die Zusage, sie jederzeit gegen Bargeld hereinzunehmen. Wird der Reichsfinanzminister durch den Druck übermässiger Ausgaben genötigt, bei den Stellen, bei denen die Mefo-Wechsel plaziert sind, Geld abzuziehen, so werden die Mefo-Wechsel auf die Notenbank zugetrieben und erzeugen eine inflationistische Ausweitung des Geldumlaufs. Das kunst- und risikovolle Gebäude, welches die Reichsbank für die Finanzierung der Rüstung aufgebaut hat, wird hierdurch in seinen Fundamenten erschüttert.

Um der Inflationsgefahr vorzubeugen, war ferner vorgesehen worden, dass die Mefo-Wechsel nach fünfjähriger Laufzeit zur Rückzahlung fällig würden. Dir stehen jedoch vor der Tatsache, dass rund 3 Milliarden solcher Wechsel, die im Jahre 1939 fällig werden, jetzt nicht bezahlt werden können. Damit wird eines der wichtigsten Korrektive, die gegen die Inflation eingebaut waren, unwirksam und es entfällt eine der wesentlichen Voraussetzungen, unter denen die ordentliche Finanzierung der Staatsausgaben durch die Notenbank tragbar erschien.

Die gesamte deutsche Währungslage erhellt also demnach zurzeit folgendermassen dar.

1. Nach Aussen: Gold- oder Devisenreserven sind bei der Reichsbank nicht mehr vorhanden. Der Passivsaldo der Einfuhr über die Ausfuhr nimmt stark zu. Die Ausfuhr erreicht nicht mehr den Wert der von uns benötigten Einfuhr. Die Reserven, die aus der Angliederung Österreichs und aus dem Aufruf ausländischer Wertpapiere und inländischer Geldsummen gebildet waren, sind aufgezehrt. Die Devisenbescheinigungen, die für die Einfuhr von den Überwachungsstellen ausgestellt werden, sind heute zum überwiegenden Teil überhaupt nicht mehr durch sichere Deviseneinnahmen gedeckt und laufen deshalb Gefahr, dass sie eines Tages mangels Devisen nicht mehr bezahlt werden können. Damit würde dann auch der letzte Auslandskredit für unsere Wareneinfuhr erledigt sein.

2. Nach Innen: Die Aktiven der Reichsbank bestehen nahezu ganz aus Staatsteilen (in der Hauptsache Mefo-Wechsel). Die Notenbank ist damit völlig blockiert und wird bei einer Wiederinanspruchnahme durch die Wirtschaft nicht imstande sein, die erforderlichen Kredite zu geben. Ausserhalb der Reichsbank befinden

H3218 – 0010

fänden sich rund 6 Milliarden Refo-Wechsel, die jederzeit bei der Reichsbank zur Diskontierung in barem Gelde präsentiert werden können und damit eine dauernde Bedrohung der Währung darstellen.

Am 1. Januar 1933 betrug der Notenumlauf 3.360 Millionen Reichsmark. Er stieg bis zum 1. März 1938 auf 5.276 Millionen Reichsmark. Diese Steigerung von rund 1,7 Milliarden RM in mehr als 5 Jahren brauchte keine Veranlassung zu währungspolitischen Misstrauen zu geben, weil sich die Produktion der Deutschen Wirtschaft in gleichen Zeitraum nahezu verdoppelte und nicht nur eine Steigerung der Investitionsgüterproduktion, sondern auch eine solche der Konsumgüter enthielt. In der Zeit von 1.März bis 31.Dezember 1938 aber stieg der Notenumlauf auf 8.223 Millionen RM, d.h. ohne Anrechnung des für Oesterreich und das Sudetenland Bendigten, um weitere 2 Milliarden RM. Er ist also in den letzten 10 Monaten stärker gestiegen als in den ganzen vorausgegangenen 5 Jahren. Für die Stabilerhaltung des Geldwertes ist nun letzten Endes allein das Verhältnis von Geldumlauf und Konsumgüterproduktion massgebend. Steigt die Geldumlaufmenge schneller als die Konsumgüterproduktion zunimmt, so steht der Gesamtheit der Verbraucher eine vermehrte Kaufkraft zur Verfügung, der ein verringertes Warenangebot gegenübersteht, was die Preise hinauftreiben muss. Eine Deckung des ausgegebenen Geldes durch Grund und Boden, Wertpapiere usw. kann den Geldwert nicht erhalten, wie am deutlichsten in der Geschichte die Assignaten-Wirtschaft der französischen Revolution gezeigt hat, wo trotz Zwangskursen, rigorosen Strafmassnahmen usw. eine völlige Entwertung des Geldes eintrat.

Nur während der beiden grossen aussenpolitischen Aktionen in der Ostmark und im Sudetenland eine Steigerung der öffentlichen Ausgaben zwangsläufig, so macht die Tatsache, dass nach Beendigung der aussenpolitischen Aktionen eine Beschränkung der Ausgabenpolitik nicht zu erkennen ist, vielmehr alles darauf hindeutet, dass eine weitere Ausgabensteigerung geplant ist, es nunmehr zur gebieterischen Pflicht, auf die Folgen für die Währung hinzuweisen.

Es ist nicht unseres Amtes nachzuweisen, wieweit eine hemmungslose Ausgabenpolitik mit den Erträgnissen und

9.7

H3218 – 0011

H3218 – 0012

369

und Lebensmissen der deutschen Wirtschaft oder mit den sozialen Erfordernissen der Bevölkerung vereinbar ist. Unserer Verantwortung aber erfordert es, darauf hinzuweisen, dass eine weitere Beanspruchung der Reichsbank, sei es direkt, sei es durch anderweitige Beschlagnahme des Geldmarktes, währungspolitisch nicht zu verantworten ist, sondern geradewegs zur Inflation führen muss. Das unterzeichnete Reichsbankdirektorium ist sich bewusst, dass es in seiner Mitarbeit für die grossen gesteckten Ziele freudig alles eingesetzt hat, dass aber nunmehr Einhalt geboten ist. Eine Vermehrung der Gütererzeugung ist nicht durch eine Vermehrung von Geldscheinen möglich. Mit einer Vermehrung des Geldumlaufs kann man angesichts der voll-, ja überbeschäftigten deutschen Wirtschaft nur noch die Preise und Löhne, nicht aber die Produktion steigern.

Wir sind der Überzeugung, dass die währungspolitischen Folgen der letzten 10 Monate Verhaues [illegible] und dass bei strikter Einhaltung eines endgültigeren Ziels die Inflationsgefahr wieder beseitigt werden kann. Der Führer und Reichskanzler selbst hat die Inflation öffentlich immer und immer wieder als [illegible] abgelehnt. Wir bitten deshalb um folgende Entschlüsse:

1. Das Reich wie auch alle anderen öffentlichen Stellen dürfen keine Anleihen und auch keine Garantien und Verpflichtungen mehr übernehmen. Sie dürfen aus Steuern oder durch diejenigen Beträge gedeckt werden, die ohne Störung des langfristigen Kapitalmarktes in Anleihen aufgebracht werden können.

2. Zur strikten Durchführung dieser Massnahmen muss der Reichswirtschaftsminister wieder die volle Finanzkontrolle über alle öffentlichen Ausgaben erhalten.

3. Die Preis- und Lohnkontrolle muss wirksam gestaltet werden.

9.9

H3218 – 0013

werden. Die eingerissenen Mißstände müssen wieder beseitigt werden.

4. Die Inanspruchnahme des Geld- und Kapitalmarktes muß der Entscheidung der Reichsbank allein unterstellt werden.

R E I C H S B A N K D I R E K T O R I U M

Dr. Schacht. Dreyse

Vocke Ehrhardt. Puhl

Lüer. Hagenmann Blessing

Reichskanzlei. Berlin, den 14. Januar 1940.

Rk. II B E. 245/40 II B 2776

Geheim

1./ An

a) Herrn Reichswirtschaftsminister F u n k - Persönlich! -

b) Herrn Staatssekretär Reinhardt
z.Hd. des Herrn Reg.Rats Gündel -Persönlich! -

zu a) Sehr verehrter Herr Reichsminister!

zu b) Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

-.-.-.-

Unter Bezugnahme auf das Ferngespräch, das Herr Reichsminister Dr. Lammers mit Ihnen geführt hat, beehre ich mich Ihnen im Auftrage des Herrn Reichsministers die beiliegende Photokopie einer an den Führer gerichteten Eingabe des Reichsbankdirektoriums zur vertraulichen Kenntnisnahme zu übersenden.

Der Bericht hat dem Führer noch nicht vorgelegen. Der Herr Reichsminister und Chef der Reichskanzlei hat jedoch dem Führer den Eingang des Schreibens melden lassen, worauf der Führer ihn hat wissen lassen, dass in der kommenden Woche eine Besprechung über die in dem Bericht behandelten Fragen stattfinden soll.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

gez. Kritzinger

Ministerialdirektor.

H3218 – 0014

2./ Nach Abgang

dem Herrn R e i c h s m i n i s t e r

gehorsamst mit der Bitte um Kenntnis.

3./ Z.d.Vorg.

(N.d.H.Min.Dir.Kritzinger)

Reichsminister

Berlin W 8, den 19.Januar 1939

Nr.27 B gRs.

Geheime Reichssache!

Den Führer und Reichskanzler

mit den beiden anliegenden Entlassungsurkunden für den Reichsbankpräsidenten Reichsminister Dr.S c h a c h t ehrerbietigst vorgelegt.

Dr.Schacht habe ich heute durch den Fernsprecher nicht mehr erreichen können, ich habe ihm aber durch Telegramm sowie durch Nachricht an seine Wirtschafterin übermittelt, daß Sie, mein Führer, ihn morgen 9 Uhr vormittags erwarten.

A 094582

H3218 – 0015

H3218 – 0016

2.) 2 Reichsdienstteletgramme: Reichsbankpräsident Dr.Schacht

a) Berlin SW 111 Reichsbank

b) Berlin-Dahlem Vogelsang 9.

FÜHRER ERWARTET SIE MORGEN FREITAG NEUN UHR VORMITTAGS

REICHSMINISTER UND CHEF DER REICHSKANZLEI

DR LAMMERS

3.) Z.d.A.

(N.d.H.RMin.)

H3218 – 0017

Deutsche Reichspost

Telegramm

Genaue Anschrift (Wohnungsangabe und Bestimmungsanstalt). Deutliche Schrift

NACHTS REICHSBANKPRÄSIDENT DR SCHACHT

REICHSBANK BERLIN C 111

FÜHRER ERWARTET SIE MORGEN FREITAG NEUN UHR VORMITTAGS

REICHSMINISTER UND CHEF DER REICHSKANZLEI

DR LAMMERS

19. 1. 39

Gespräch mit RM. 27 Rg. Pf.

9-5

Reichsminister

~~Rk.22 B pRs.~~ I
Rk.1628 B

Berlin, den 20.Januar 1939

1.) Der Führer hat heute den anliegenden Erlaß unterzeichnet.

Er wird nicht veröffentlicht.

2.) An

des Reichsbankdirektorium

Berlin SW 111

In Photokopie übersende ich ergebenst einen Erlaß des Führers vom 19.Januar 1939 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Gleichzeitig beehre ich mich mitzuteilen, daß der Führer den Präsidenten des Reichsbankdirektoriums Dr.Hjalmar Schacht nach § 6 Abs. 7 des Bankgesetzes von seinem Amt abberufen und gleichzeitig den Reichswirtschaftsminister Walther Funk unter Belassung in seinem Amt als Reichswirtschaftsminister zum Präsidenten des Reichsbankdirektoriums ernannt hat.

Der Führer hat ferner die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums Reichsbank-Vizepräsidenten Dreyse und Reichsbankdirektor Hülse von ihren Ämtern abberufen.

Photokopie beifügen!

H3218 – 0018

Rk.1628 B

Geheime Reichssache!

3.) An den
Herrn Reichsbankvizepräsidenten Dreyse
Berlin SW 111

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Führer hat Sie nach § 6 Abs. 2 des Bankgesetzes von Ihrem Amt als Mitglied des Reichsbankdirektoriums abberufen. Die Urkunde über Ihre Abberufung gestatte ich mir Ihnen anbei zu überreichen.

Urkunde beifügen!

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener

4.) An
das Mitglied des Reichsbank-
direktoriums
Herrn Reichsbankdirektor Hülse
Berlin SW 111

Sehr geehrter Herr Direktor!

wie zu 3.

Urkunde beifügen!

5.) a) Herrn MinDir.Kritzinger
b) Herrn RKabRat.Dr.Wienbeck
m.d.Bitte um Kenntnisnahme.

6.) z.d.A.

(z.d.H.RMin.)

H3218 – 0019

H3218-0019A

EC-369

H-3218

EXHIBIT U.S.A. 631 (EC-369)

EXHIBIT U.S.A.

631

(EC-369)

A 094555

H3218 – 0020

H3218-0020A

16 Pages

16 Photostats